

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/99
Telefax: 866846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB
zu den Volkskammerwahlen
in der DDR: Nach demokratischer
Bewährung beginnt
die Arbeit.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger
MdB zum Ausgang der baye-
rischen Kommunalwahlen: Die schwarze Götter-
dämmerung hat begonnen.

Seite 3

Kersten D. Voigt MdB zur
Frage der außen- und sicher-
heitspolitischen Einbettung
eines gesamtdeutschen Bun-
desstaates: Auf dem Weg
zur europäischen Friedens-
ordnung.

Seite 4

Christa Randzio-Plath
MdEP zur KSZE-Wirt-
schaftstagung in Bonn:
Europäisches Zeichen set-
zen!

Seite 7

Hans-Günter Naumann MdL
zur Notwendigkeit, Ver-
kehrsunfälle zu vermeiden
und die Einstellung zur Ge-
schwindigkeit zu verändern:
Tempo 30 in allen Städten
einführen.

Seite 8

45. Jahrgang / 54

19. März 1990

Nach demokratischer Bewährung beginnt die Arbeit

In der DDR sind viele Chancen zu nutzen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Mit Freude und Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, daß die Bürger der DDR bei ihrer ersten freien Wahl eine vorbildlich hohe Wahlbeteiligung zustande gebracht haben. Dieser demokratische Leistungsnachweis ist umso wertvoller, als jahrzehntelang das SED-Regime den Menschen das Wählen durch Zwang und Pflicht verleidet hatte.

Ratlosigkeit und Unschlüssigkeit der Bürger der DDR waren am Wahltag offensichtlich überwunden und haben sich jedenfalls nicht in Wahlenthaltungen ausgewirkt. So ist eine gute Ausgangslage für die neue Demokratie erreicht worden.

Mit der Entscheidung fast der Hälfte der Wähler für CDU und DSU sind diejenigen politischen Gruppen unterstützt worden, die sich am stärksten unter sichtbarem Einfluß aus der Bundesrepublik gestellt hatten. Man tut den konservativen Wählern sicher nicht unrecht, wenn man in ihrem Votum die Vorliebe für Anlehnung an die Bundesrepublik anstelle selbstbewußter Partnerschaft bei der Gestaltung der Einheit sieht. Und gewiß hat die Erwartung eine Rolle gespielt, daß mit der Entscheidung für die von der Bonner Regierungskoalition unterstützten Parteien der Weg für problemlose und massive schnelle Hilfe aus der Bundesrepublik geebnet wird. Auch sind die Kräfte gestärkt worden, die sich für eine besonders schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten ausgesprochen haben und einem zeitlich gestreckten Einigungsprozeß mit dem Bemühen um Besonnenheit und Behutsamkeit mißtrauen.

Für Sozialdemokraten in beiden deutschen Staaten ist das Wahlergebnis enttäuschend. Die politische Leistung der erst fünf Monate alten SPD der DDR, die sich selbständig gegründet und entwickelt hat und mit einer völlig unbelasteten Vergangenheit antreten konnte, ist nicht ausreichend gewürdigt worden. Aber nicht nur Sozialdemokraten, auch andere Frauen und Männer der ersten Stunde des Wandels müssen seit einiger Zeit erleben, daß Kräfte nach vorn drängen, die von der friedlichen Revolution zunächst Abstand gehalten hatten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Besonders schade ist, daß der Kurs der Besonnenheit und des entschlossenen Schutzes der Schwächeren mit der Zurücksetzung der Sozialdemokraten erschwert worden ist.

Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik bedauern das weniger günstige Abschneiden ihrer Parteifreunde in der DDR nicht nur in der Verbundenheit beider Parteien. Sie haben auch Anlaß zur Betroffenheit darüber, daß die erfolgreiche sozialdemokratische Politik für den Zusammenhalt Deutschlands und die Zusammenführung der Deutschen in beiden Staaten nicht stärker honoriert worden sind.

Am Beispiel der immer noch überraschend stark bestätigten PDS, der früheren SED, läßt sich eine Polarisierung in der Wählerentwicklung erkennen. Viele, die sich noch dem alten System verbunden fühlen und die vor einem weitgehenden Wandel Angst haben, haben sich für die alte Staatspartei entschieden. Die Wähler der Konservativen hingegen haben ein möglichst krasses und einfaches Gegenstück zur früheren SED gesucht, als das sich die CDU trotz ihrer Belastung durch die frühere Mitregierung darstellen konnte.

Die in den letzten Wochen aus der DDR geäußerten Beschwerden über den unerfreulichen Stil und die massive West-Beeinflussung des Wahlkampfes haben offenbar keine repräsentative Stimmung wiedergegeben. Denn den Erfolg haben diejenigen erzielt, die sich besonders auffällig von der CDU und CSU aus der Bundesrepublik nicht nur helfen, sondern auch bestimmen ließen und dabei mit der SPD übel umgingen. Nachträgliches Wehklagen über diese Entwicklung macht wenig Sinn. Betrachter aus der Bundesrepublik sollten bedenken, daß auch hier die Wahlkämpfe anfangs sehr viel ruppiger geführt wurden, was im Ärger über gegenwärtige Entgleisungen allzu leicht vergessen wird.

Obwohl die Mehrheit verfehlt worden ist, wird die SPD bei der künftigen Gestaltung der politischen Verhältnisse in der DDR und in der Mitwirkung am Einigungsprozeß eine besonders wichtige Kraft sein. Sie wird darauf zu achten haben, daß die von den Konservativen aus West und Ost geweckten Erwartungen nun auch erfüllt werden. Die Einhaltung der gegebenen Zusagen wird sie einklagen und sich dabei zum Sprecher enttäuschter und verunsicherter Bürger machen.

Für diese Aufgabe ist nicht maßgebend, ob die SPD in einer Koalition oder in der Opposition am künftigen Geschehen mitwirkt. Auch eine Opposition, die ihre Möglichkeiten entschlossen nutzt, kann in vielen Fragen die Mehrheit beeinflussen und das politische Geschehen gestalten.

Im übrigen werden sich die Sozialdemokraten in der DDR daran erinnern, daß auch die Nachkriegsgeschichte der SPD in der Bundesrepublik mit großen Enttäuschungen über Wahlergebnisse begonnen hat. Das Vertrauenskapital bei den Wählern konnte gleichwohl nach und nach ausgebaut werden. Nach vielen Jahren sozialdemokratischer Regierung in Bund und Ländern ist die Bundesrepublik in wichtigen Bereichen von Sozialdemokraten geprägt worden. Mit vollem Recht faßt deshalb die SPD der DDR ihre künftigen Aufgaben beherzt an und überläßt sich keiner Resignation.

Mit der freien Wahl haben die Deutschen in der DDR die von ihnen erkämpfte Demokratie in erheblichem Umfang verwirklicht. Diese Demokratie nun mit Leben zu erfüllen und zu stärken, soziale Gerechtigkeit zu schaffen und grenzübergreifende Aufgeschlossenheit zu beweisen, das ist die politische Arbeit vor und nach der Einigung Deutschlands, der sich die Parlamentarier und Parteien in der DDR jetzt widmen können. Unserer Verbundenheit, unseres Respekts und unserer Hilfsbereitschaft können sie dabei sicher sein.

(-/19.3.1990/rs/ks)

* * *

Die schwarze Götterdämmerung hat begonnen

Zum Ausgang der bayerischen Kommunalwahlen

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Die bislang vorliegenden Ergebnisse der Kommunalwahlen sind für die Bayern SPD insgesamt sehr gut. Die WählerInnen und Wähler haben der SPD gezeigt, daß sie wieder zulegen, ja siegen kann. Dank dieses Vertrauensbeweises durch viele Bürgerinnen und Bürger geht die Bayern SPD mit Rückenwind in die Wahlkämpfe für den Landtag und den Bundestag. Es gilt: Der Erfolg ist der beste Weg zum Erfolg. Nach diesem 18. März läßt sich mit gutem Grund vorhersagen: Die schwarze Götterdämmerung hat begonnen. Nach über 33 Jahren geht die Alleinherrschaft der CSU zu Ende.

Besonders erfreulich ist: Der fast durchgängige Wählerschwund der Schwarzen macht die Braunen nicht stärker. Im Gegenteil: Gerade München mit Georg Kronawitter hat bewiesen: Die Sozialdemokraten sind die erste Adresse, wenn es gilt soziale Gerechtigkeit, die Interessen der Mieter, des Umweltschutzes, der Alten und Pflegebedürftigen, der Kinder und so weiter durchzusetzen. Immer mehr Wählerinnen und Wähler wissen und handeln danach: Wer in Bayern etwas verändern will, wählt am besten SPD.

Herausragend sind Georg Kronawitters Traumsieg in München und der von Landrat Hans Schuierer in Schwandorf. Aber auch Peter Schönlein in Nürnberg, Uwe Lichtenberg in Fürth, Dietmar Hahlweg in Erlangen, Hartwig Reimann in Schwabach sowie die wiedergewählten Oberbürgermeister in Dillingen und Günzburg haben respektable Ergebnisse erreicht.

Ein Wermutstropfen ist der Verlust von Augsburg. In Würzburg hat Walter Kolbow durch seinen sachlichen Wahlkampf eine gute Grundlage für die Stichwahl gelegt.

Geradezu sensationell ist der Vertrauensbeweis für Christa Meier in Regensburg, die einen seit zwölf Jahren regierenden CSU-Oberbürgermeister in die Stichwahl zwingt und die gute Chancen hat, als erste Frau eine bayerische Großstadt zu regieren.

Schon heute können wir uns darüber freuen, daß mit Dr. Brigitte Seelbinder in Marktredwitz die erste bayerische Oberbürgermeisterin von der SPD gestellt wird.

Nicht minder sensationell ist das gute Abschneiden des erst 29jährigen Norbert Kastner zu werten, der in Coburg mit 43,6 Prozent als Favorit gegen den Bewerber der bisherigen OB-Partei (36,8 Prozent) in die Stichwahl geht.

Optimistisch stimmen uns auch die Städte Bad Kissingen und Kempten, wo die SPD-Bewerber mit 43,1 (plus 15 Prozent) beziehungsweise 42,7 (plus elf Prozent) eine bessere Ausgangsbasis erreicht haben als ihre Konkurrenten von der bislang mit 57,1 beziehungsweise 60,4 Prozent regierenden CSU.

Hoffnungsfroh warten wir auf den Wahlausgang in Straubing, wo Fritz Geisperger dem Kandidaten der bislang mit 58,3 Prozent den OB stellenden CSU ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefert.

Schließlich freuen wir uns über die Erfolge der SPD-Kandidaten Ralf Felber und Willi Schmöller in Ansbach und Passau, wo sie die Konkurrenten von der CSU ebenfalls erstmals in eine Stichwahl gezwungen haben.

(-/19.3.1990/rs/ks)

* * *

Auf dem Weg zur europäischen Friedensordnung

Ein Plädoyer für Übergangslösungen für die außen- und sicherheitspolitische Einbettung eines gesamtdeutschen Bundesstaates

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die kulturelle, wirtschaftliche und außen- und sicherheitspolitische Integration eines gesamtdeutschen Bundesstaates in eine europäische Ordnung des Friedens und der Freiheit ist die gegenwärtig wichtigste Aufgabe deutscher und europäischer Politik geworden. Eine bundesstaatliche Einheit der Deutschen, die nicht unauflösbar mit der europäischen Zusammenarbeit und Integration vernetzt würde, geriete zum Schaden Europas, aber auch Deutschlands.

Während der den Staaten und Völkern Osteuropas durch Stalin aufgezwungene Internationalismus zerfällt, gewinnt der freiwillige Internationalismus der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates an Dynamik und Attraktivität. Europäische Gemeinschaft und Europarat dienen der Überwindung der Nationalstaaten durch europäische Zusammenarbeit.

Nur eine handlungsfähige Europäische Gemeinschaft kann einen starken Beitrag zum Aufbau Europas leisten. Die Europäische Gemeinschaft wird eine Schlüsselrolle bei der Überwindung der Spaltung Europas einnehmen müssen. Ein gesamtdeutscher Bundesstaat wird der EG angehören. Wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen werden dann nicht mehr in Bonn oder Berlin, sondern in Brüssel fallen. Die europäische Einbettung macht die ökonomische Macht der Deutschen für unsere Nachbarn erträglicher. Die Deutschen sollten parallel zu ihrer Vereinigung zur Beschleunigung des Integrationsprozesses in der EG beitragen. Niemand dient Europa, der den Integrationsprozeß zwischen den westeuropäischen Staaten verzögert oder blockiert.

Die Sicherheitspolitik der neutralen Staaten in Europa ist nationalstaatlich organisiert. Ein neutraler gesamtdeutscher Bundesstaat liegt weder im Interesse unserer westlichen, noch unserer östlichen Nachbarn. Die SPD tritt deshalb für die Überwindung der Bündnisse in einer europäischen Friedensordnung und nicht für ein neutrales Gesamtdeutschland ein.

Ziel ist ein Europäischer Sicherheitsvertrag aller KSZE-Teilnehmerstaaten. Für sie muß gelten:

- Die Friedenspflicht untereinander und nach außen sowie eine politische und militärische Beistandspflicht, die alle früheren Bündnisverpflichtungen ablöst.
- Regionale Unterbündnisse sind im Europäischen Sicherheitssystem nicht zugelassen.
- Für die Streitkräftekontingente der Mitgliedsstaaten werden Ober- und Untergrenzen festgelegt. Die Streitkräftestrukturen werden rein defensiv angelegt.
- Nuklearwaffen werden - als Schritt zur weltweiten nuklearen Abrüstung - vom Boden der Nichtnuklearstaaten abgezogen.
- Chemische Waffen werden aus Europa verbannt.
- Die USA, Kanada und die Sowjetunion sind Teilnehmer des Europäischen Sicherheitssystems. Zusätzlich zu ihrer Mitgliedschaft im Europäischen Sicherheitssystem übernehmen sie die Rolle von Garantemächten. Dafür stellen sie in Europa Streitkräfte zur Verfügung.
- Der Geltungsbereich des Europäischen Sicherheitssystems erstreckt sich vom Atlantik bis zum Ural unter Einschluß der angrenzenden Seegebiete und Binnenmeere.

Der in den letzten Jahrzehnten Europa stabilisierende antagonistische Multilateralismus muß durch einen neuen kooperativen Multilateralismus überwunden werden. Kern eines gesamteuropäischen Multilateralismus sind der KSZE-Prozeß und die Wiener Verhandlungen.

Das Ziel eines Europäischen Sicherheitssystems wird sich nur längerfristig verwirklichen lassen.

Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung kann und sollte das westliche Bündnis durch eine Politik gemeinsamer Sicherheit zur Überwindung des sicherheitspolitischen Antagonismus in Europa beitragen. Dem sowjetischen Marschall Archomejew ist zuzustimmen, wenn er am 9. März im Moskauer Fernsehen feststellt: „Wenn der militärische Aspekt in beiden Militärbündnissen verschwinden oder sich verringern wird, so wird es auch eine Annäherung der Positionen in Bezug auf das vereinte Deutschland geben.“ Als Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit der Nordatlantischen Versammlung habe ich beide deutsche Verteidigungsminister zur Frühjahrstagung der NATO-Parlamentarier am 11. Mai in Paris eingeladen. Ich trete dafür ein, daß künftig Delegationen der in freien Wahlen gewählten Parlamentarier aus allen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages als Beobachter an Tagungen der NATO-Parlamentarier teilnehmen können.

Die in der CDU insbesondere von Alfred Dregger und Karl Lamers, jedoch auch von Teilen der SPD unterstützte Konzeption einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft ohne Einbeziehung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten würden meiner Meinung nach keinen sinnvollen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung darstellen. Die an de Gaulle erinnernde Konzeption einer von den USA und der UdSSR entkoppelten europäischen Verteidigungsunion würde im Gegensatz zu den Intentionen ihrer linken Befürworter das Streben nach einer militärischen Großmachtrolle der Europäer begünstigen: Die britischen und französischen Nuklearwaffen werden im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zum Kern einer künftigen europäischen Atomstreitmacht.

Die Entwicklungen in der DDR haben sich derart beschleunigt, daß eine staatliche Einheit der Deutschen verwirklicht werden wird, obwohl bei den Wiener Verhandlungen und der bevorstehenden KSZE-Konferenz erst Teilelemente einer gesamteuropäischen Friedensordnung vereinbart werden können. Es werden zeitlich befristete Übergangslösungen erforderlich, die sich militärisch und politisch nur graduell und noch nicht prinzipiell von der sicherheitspolitischen Lage in Deutschland heute unterscheiden. Diese Übergangslösungen müssen gesamteuropäische Abrüstungsvereinbarungen, spezielle sicherheitspolitische Begrenzungen für Gesamtdeutschland und für spezifische Regionen Deutschlands bei gleichzeitig andauernden vertraglichen Bindungen an ein in seinen Funktionen verändertes westliches Bündnis vorsehen.

Auch Übergangslösungen können aufgrund der Gespräche zwischen den ehemaligen vier Siegermächten und den beiden deutschen Staaten nur in Kraft treten, wenn sie die Zustimmung auch der Sowjetunion finden.

Otto Grotewohl hat am 14.5.1955 beim Beitritt der DDR zum Warschauer Vertrag eine offizielle Erklärung übergeben, in der die Unwirksamkeit der Bündnisverpflichtungen für den Fall der Wiedervereinigung nachdrücklich unterstrichen wird. Bilaterale Vereinbarungen zwischen der DDR und der Sowjetunion über die Stationierung sowjetischer Truppen gelten auch nach Ausscheiden der DDR aus der Warschauer Vertragsorganisation weiter. Es muß jetzt in den Gesprächen „zwei plus vier“ im Einvernehmen auch mit der Sowjetunion geklärt werden, welche Zahl sowjetischer Truppen wie lange in welchem vertraglichen Rahmen in einem gesamtdeutschen Bundesstaat weiterhin auf dem Territorium der bisherigen DDR stationiert bleiben. Deutsche Politiker sollten keine Sicherheitspolitik unterstützen, die dazu führen würde, daß an der Westgrenze Polens Truppen der NATO stationiert werden.

Übergangslösungen sollten folgende Grundsätze berücksichtigen:

1. Die in Deutschland stationierten deutschen und ausländischen Truppen werden drastisch reduziert.
2. Die Bundesrepublik verzichtet dauerhaft völkerrechtlich verbindlich auf ABC-Waffen. Der Verzicht auf ABC-Waffen wird Teil einer künftigen Verfassung eines gesamtdeutschen Bundesstaates.

3. Amerikanische Bündnistruppen bleiben auf dem Boden der bisherigen Bundesrepublik, sowjetische auf dem Boden der bisherigen DDR stationiert.

Nicht nur die Sowjetunion sondern auch Polen ist daran interessiert, daß in den nächsten Jahren eine begrenzte Zahl sowjetischer Truppen in Deutschland stationiert bleiben.

Nicht nur Westeuropa sondern auch die östlichen Nachbarn Deutschlands und die Sowjetunion sind daran interessiert, daß die USA durch ihre sicherheitspolitische Präsenz zur Stabilität in Europa beitragen. Mit dem KSZE-Prozeß und im Rahmen der Wiener Verhandlungen hat die Sowjetunion diese Präsenz akzeptiert.

4. Es wird festgelegt, daß keine Stationierung und kein Einsatz von Einheiten der Bundeswehr auf dem Gebiet der bisherigen DDR erfolgen darf. Auf diesem Gebiet werden je nach Wunsch der Bevölkerung in der DDR entweder Verbände einer defensiven deutschen Territorialverteidigung oder eine Bereitschaftspolizei stationiert. Ich befürworte eine Territorialverteidigung, die aus Einheiten der bisherigen NVA gebildet wird. Sie sollte in einer befristeten Übergangszeit im künftigen Bundesverteidigungsministerium einen Staatsminister mit Sitz in Straußberg unterstellt werden. Das Bundesverteidigungsministerium mit der Verwaltung der auf dem bisherigen Gebiet der Bundesrepublik stationierten Einheiten der Bundeswehr sollte in Bonn bleiben.
5. Das französische Beispiel einer nationalen Verfügung über militärische Potentiale ist für die Bundeswehr kein geeignetes Vorbild. Die bisherige Bundeswehr bleibt weiterhin gleichberechtigt in die multilateralen Strukturen der NATO integriert. Die multilaterale Einbettung der militärischen Potentiale der Deutschen ist ein historischer Fortschritt, der nicht durch das Streben nach sicherheitspolitischer Souveränität gefährdet werden darf.
6. Die NATO verringert schrittweise ihre abwehrende Funktion gegenüber der Sowjetunion. Sie übernimmt neue kooperative Funktionen. Bei Abrüstungs- und Verifikationsvereinbarungen und damit bei der Organisation einer blockübergreifenden Sicherheit in Europa.
7. Die NATO gibt ihre bisherige Strategie der flexible response auf. Alle Nuklearwaffen werden vom Boden Deutschlands abgezogen. Die bisherige Form der Vorverteidigung wird revidiert.
8. Zugleich wird der Einstieg in ein Europäisches Sicherheitssystem eingeleitet. Die KSZE-Teilnehmerstaaten bilden dafür einen gemeinsamen Sicherheitsrat.

Diese Übergangslösungen stellen eine sicherheitspolitische und abrüstungspolitische Verbesserung gegenüber der bestehenden Lage im geteilten Deutschland dar. Sie sehen aber noch unterschiedliche Regelungen für die bisherigen Gebiete der Bundesrepublik und der DDR vor. Dies ist für die Deutschen unbefriedigend und auf Dauer unerträglich. Die Deutschen müssen aber bereit sein, im Prozeß ihrer staatlichen Einigung sicherheitspolitische Übergangslösungen zu akzeptieren, die das primäre Interesse unserer Nachbarn an einer multilateralen Einbettung Deutschlands berücksichtigen, auch wenn dabei das legitime Interesse der Deutschen an einer staatlichen Einheit ohne eine regionale sicherheitspolitische Differenzierung seines Territoriums nicht sofort befriedigt werden.

Auf dem Weg zur europäischen Friedensordnung sollten Deutsche und ehemalige Siegermächte im Geiste gleichberechtigter Partnerschaft in einem oder in mehreren Schritten ehemalige Siegerrechte durch blockübergreifendes Völkerrecht ablösen. Eine Gipfalkonferenz aller Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte, die diesem Ziel dient, liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten und Völker Europas. In dem Maße, in dem gleichberechtigte Staaten sich im KSZE-Prozeß und bei den Wiener Verhandlungen auf ihre friedens- und sicherheitspolitischen Rechte und Pflichten in Europa einigen, werden damit substantiell zugleich Regelungen vorweggenommen, die formal einem Friedensvertrag der ehemaligen Siegermächte mit Deutschland vorbehalten bleiben.

(-/19.3.1990/vo-e/rs)

(Der Autor trug diese Gedanken am Wochenende auf einer Tagung des „Frankfurter Kreises“ der SPD-Linken in Oer-Erkenschwick vor.)

* * *

Europäische Zeichen setzen!

Zur KSZE-Wirtschaftstagung in Bonn

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Endlich sind die Chancen für eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost günstig. Der Umbruch in Mittel- und Osteuropa macht es dringend notwendig, die Demokratisierungsprozesse durch Kooperation zur Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund beginnt heute in Bonn die Wirtschaftstagung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die die ökonomische Sicherheitspartnerschaft in Europa einleitet. Im Mittelpunkt stehen dabei praktische Fragen der geschäftlichen Rahmenbedingungen, der rechtlichen und administrativen Voraussetzungen in Osteuropa sowie Probleme von Währungs- und Preisreformen, aber auch der Austausch von Kooperationserfahrungen in ausgewählten Feldern wie der Energie- und Ressourceneinsparung, Umwelttechnik und Konsumgüterversorgung.

Von zentraler Bedeutung für einen wirtschaftlichen Erfolg des Aufbruchs in Mittel- und Osteuropa ist der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur. Hier ist die Kooperation, wie sie bereits in den EG-Abkommen mit Ungarn, Polen, der UdSSR und jetzt auch der DDR angestrebt wird, besonders wichtig. Dies gilt beispielsweise für den Ausbau und die Modernisierung der Telekommunikations- und Verkehrsnetze, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Abfallentsorgung; denn die Modernisierung der Volkswirtschaften in diesen Ländern ist ohne eine Modernisierung der Infrastruktur nicht denkbar. Deswegen ist es falsch, daß die geplante Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nur 40 Prozent der Kredite für Infrastrukturvorhaben vergeben will.

Auch wenn im Rahmen des Korbes II der Schlußakte von Helsinki eine ökologische Orientierung nicht vorgesehen ist, ist heute die Ost-West-Wirtschaftskooperation ohne ökologische Kriterien undenkbar. Es geht darum, in den mittel- und osteuropäischen Staaten eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft aufzubauen, die durch eine entsprechende Gesetzgebung zu umweltfreundlichen Produkten und Produktionsverfahren führt. Umweltschädliche Produktionsverfahren dürfen nicht aus dem Westen nach Mittel- und Osteuropa exportiert werden. Es wäre ein Fortschritt für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, wenn den mittel- und osteuropäischen Staaten kostenlos die Möglichkeit gegeben würde, moderne umweltfreundliche Verfahren und anderes Umwelt-Know-how zu nutzen. Bei der Kreditvergabe der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sind zudem ökologische Kriterien zu entwickeln und anzuwenden.

In den Zusammenhang der KSZE-Wirtschaftstagung gehört jetzt auch die Frage der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion und der deutschen Einheit. Um ein Zusammenleben mit allen europäischen Nachbarn im Interessenausgleich zu erreichen, sind diese Fragen nicht nur mit den westeuropäischen Partnern in der EG abzustimmen sondern gleichzeitig im KSZE-Rahmen zu erörtern. Das größte Wirtschaftstreffen, das jemals zwischen West und Ost stattgefunden hat, sollte aber auch wichtige Vorarbeit für das voraussichtlich im November stattfindende Gipfeltreffen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten leisten.

Im Vorfeld dieses vorgezogenen „Helsinki-II“-Gipfels besteht die Erwartung, über eine Institutionalisierung der KSZE oder anderer gesamteuropäischer kooperativer Strukturen nachzudenken, um eine gesamteuropäische Friedensordnung und einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum effektiv organisieren zu können. Daneben müssen auch die ökonomischen Folgen der zum Beispiel im Rahmen der MBFR-Verhandlungen angestrebten Abrüstungsschritte bedacht werden. Dazu gehören Überlegungen zur Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion, ebenso wie Fragen zur Entlastung öffentlicher Haushalte durch Einsparung von Rüstungsmilliarden und zur alternativen Vergabe freiwerdender Mittel. Nur so kann der Übergang von der militärischen zur ökonomischen Sicherheitspartnerschaft gewährleistet werden.

(-/19.3.1990/rs/ks)

Tempo 30 in allen Städten einführen

Zur Notwendigkeit, Verkehrsunfälle zu vermeiden und die Einstellung zur Geschwindigkeit zu verändern

Von Hans-Günter Naumann MdL
Verkehrspolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Parole „Freie Fahrt für freie Bürger“ ist längst überholt. Die Bayerische Staatsregierung soll beim Bund darauf hinwirken, daß entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Städtetags in Wohngebieten „Tempo 30“ verbindlich eingeführt wird.

Nach Angaben eines Vertreters des bayerischen Innenministeriums bei einem kürzlichen veranstalteten öffentlichen Hearing der SPD-Landtagsfraktion zu diesem Komplex gibt es derzeit in Bayern rund 1.800 Tempo-30-Zonen. Mit welchem Argument will man einem Stadtteil verwehren, was ein anderer schon hat. Es ist nicht einzusehen, warum in den bayerischen Gemeinden und Städten nicht flächendeckend Tempo 30 in den Wohngebieten eingeführt wird. Dies wollen die Bürger. In allen Bürgerversammlungen ist Tempo 30 eines der wichtigsten Themen. Auch liegt eine große Anzahl von Anträgen für die Errichtung von Tempo-30-Zonen aus den verschiedensten bayerischen Städten und Gemeinden vor.

Es ist zudem erwiesen, daß die Zahl der schweren Verkehrsunfälle in Tempo-30-Zonen eindeutig abgenommen hat und die Splitzengeschwindigkeiten in diesen Gebieten deutlich niedriger wurden. Bei den Unfällen gab es kaum mehr schwere Personenschäden.

Außerdem haben Psychologen ermittelt, daß grundsätzlich eine falsche Einstellung der Autofahrer zur Geschwindigkeit besteht und der Mensch sich an Geschwindigkeiten gewöhnt. Mit einer flächendeckenden Einführung von Tempo-30-Zonen ist hier der Hebel anzusetzen.

Unerträglich ist, daß die bereits bestehenden Tempo-30-Zonen dahingehend überprüft werden müssen, ob sie den neuen Verwaltungsvorschriften entsprechen. Als zweites unhaltbar ist, daß erst nach der Ermittlung des Vorbehaltsnetzes der Hauptstraßen an die Ausweisung neuer Tempo-30-Zonen gedacht werden kann.

(-/19.3.1990/rs/ks)

* * *